

Demographischer Wandel in Baden-Württemberg und der Region Ostwürttemberg

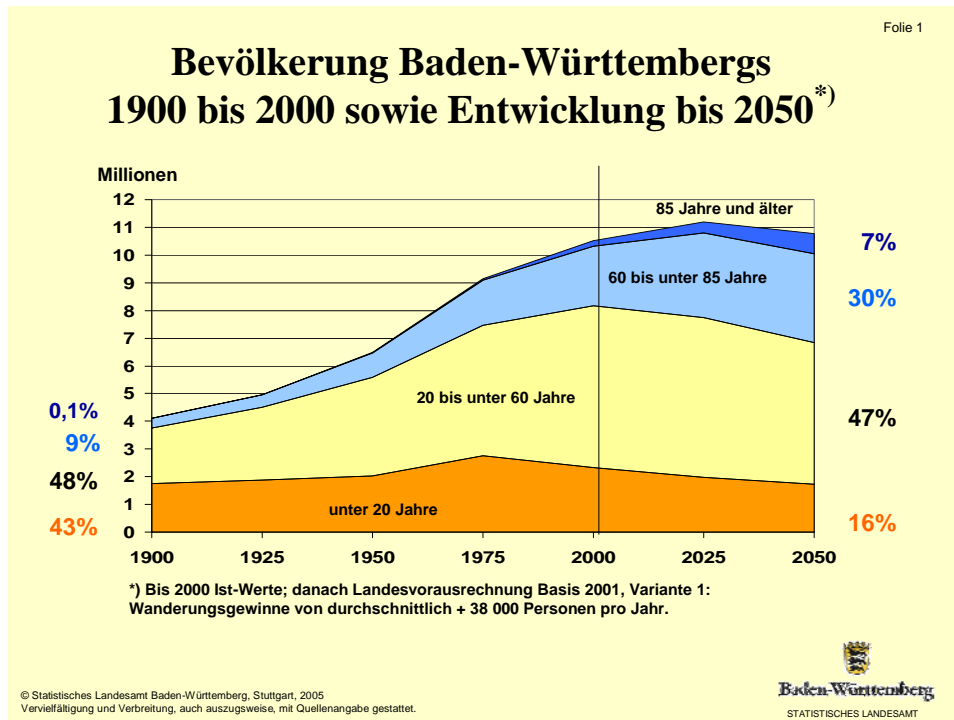
Vortrag Präsidentin Dr. Gisela Meister-Scheufelen
am 09.12.2005, 14.00 Uhr in Aalen

Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg
Landratsamt Ostalbkreis

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Perikles sagte: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein.“ Wir treffen also Wenn-Dann-Aussagen. Deutschland ist eine der am schnellsten alternden Gesellschaften der Welt! Lassen Sie mich dies am Beispiel von Baden-Württemberg darstellen und auf die Folgen eingehen, soweit uns für eine solche Bewertung Daten vorliegen.

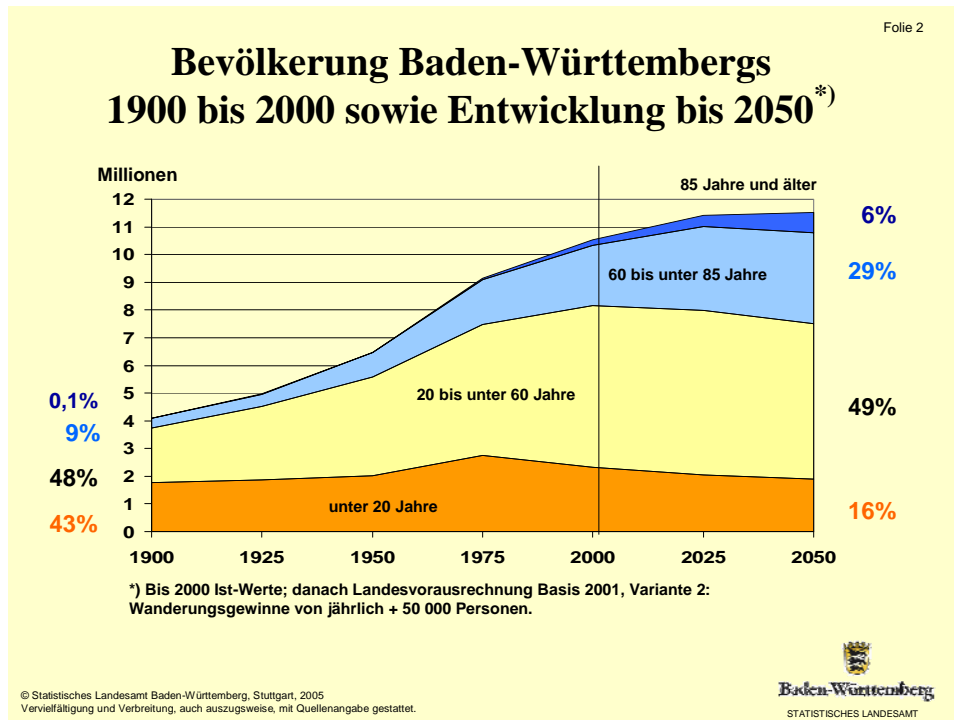


Um 1900 lebten in Württemberg und in Baden etwas über 4 Mill. Menschen. Diese Zahl ist bis heute auf rund 10,7 Mill. angewachsen. Allein in den 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg von 1950 bis 2000 hatten wir in Baden-Württemberg einen Bevölkerungszuwachs von knapp 64%. Alle anderen Bundesländer lagen demgegenüber deutlich zurück. Die zweitstärksten Zuwächse konnte Hessen mit 40% verzeichnen. Baden-Württemberg war in den letzten 50 Jahren **die** Zuwanderungsregion Deutschlands.

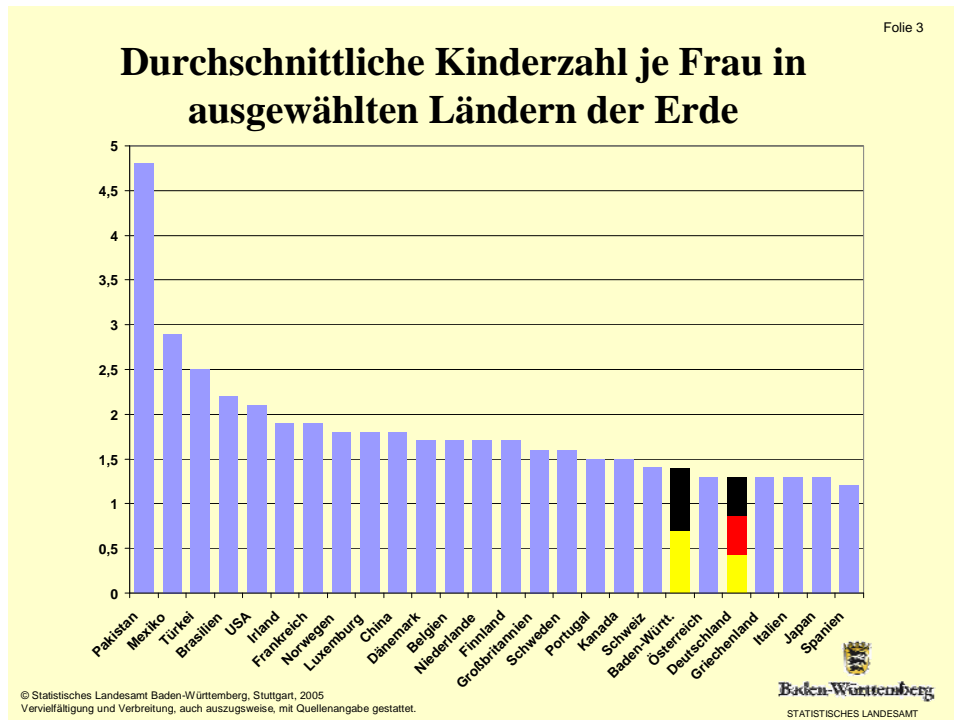
Wir gehen bei der Bevölkerungsvorausrechnung von folgenden 3 Annahmen aus: Die **Geburtenrate** bleibt bei den heutigen Werten, die **Lebenserwartung** steigt ähnlich wie in den letzten Jahrzehnten und wir erleben in Baden-Württemberg auch in den nächsten 50 Jahren einen nennenswerten **Zuwanderungsgewinn**.

Wenn wir von einem durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 38 000 Personen pro Jahr ausgehen, dürfte die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2025 nochmal um etwa 475 000 (gegenüber Jahresende 2004) auf fast 11,2 Mill. zunehmen. Ab 2025 erwarten wir auch in Baden-Württemberg einen Rückgang. Die Einwohnerzahl würde sich bis 2050 allerdings auf das heutige Niveau von ca. 10,8 Mill. Menschen einpendeln.

Die entscheidende Aussage liegt nicht im Größenumfang der Bevölkerungsentwicklung, sondern im Alterungsprozess. Im Jahr 2000 hatten wir die **historische Zäsur**, dass es in Baden-Württemberg erstmals mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige gab. Während um 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch gut jeder Fünfte, im Jahr 2050 wird es nur noch jeder Sechste sein. Im Jahr 2050 wird mehr als jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung wird von heute knapp 41 Jahren auf fast 49 Jahre ansteigen.

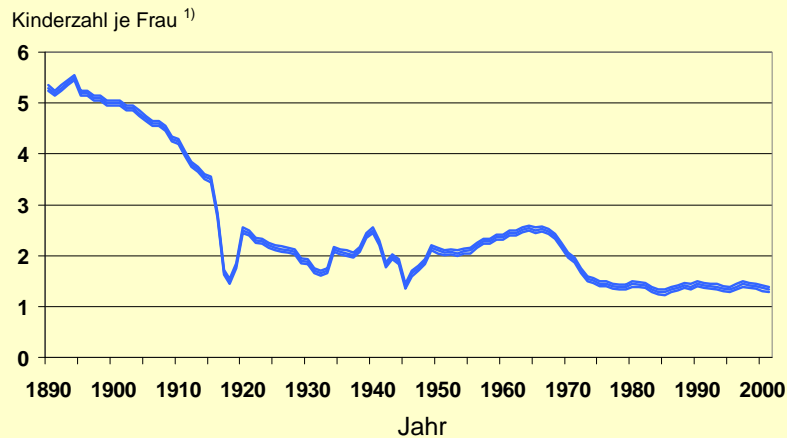


Das StaLa Baden-Württemberg hat im Januar 2003 eine neue Bevölkerungsvorausrechnung durchgeführt und Werte angepasst. Dies betrifft vor allem die Annahme des Zuwanderungsgewinns. Wir gehen von 2 Modellrechnungen aus. Von einem Zuwanderungsgewinn innerhalb der nächsten 50 Jahre von 38.000 Menschen und von 50.000 Menschen. Seit 1950 hatte Baden-Württemberg einen Zuwanderungsgewinn von jährlich durchschnittlich 57.000 Menschen, seit der Landesgründung 1952 von 52 000 Menschen pro Jahr. Dies war auf die Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem Zweiten Weltkrieg, die Gastarbeiterzuwanderung sowie Arbeitskräftezuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands, die Bürgerkriegsflüchtlinge und die einigungsbedingte Zuwanderung aus Ostdeutschland zurückzuführen. Wir gehen davon aus, dass die EU-Osterweiterung und auch ein weiterhin bestehendes Gefälle wirtschaftlich erfolgreicher und weniger erfolgreicher Regionen Deutschlands zu nennenswerten Zuwanderungsgewinnen Baden-Württembergs führen wird. Die Folie mit der Variante 50.000 Menschen Zuwanderungsgewinn würde die Bevölkerungszahl auf ca. 11,5 Mill. anwachsen lassen, hätte aber kaum Einfluss auf den Alterungsprozess.



Deutschland und so auch Baden-Württemberg hat wie kein anderes Land der Welt bereits seit Ende der 60er Jahre einen Geburtenrückgang zu verzeichnen und seit Mitte der 70er Jahre ein Drittel zu wenig Geburten als notwendig wären, um den Bevölkerungsstand ohne nennenswerte Zuwanderungen zu halten. Derzeit (2004) liegt die Geburtenrate in Deutschland bei knapp 1,36 Kindern pro Frau (136 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden) und in Baden-Württemberg bei 1,37 Kinder pro Frau (137 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden). Die leicht höhere Geburtenrate in Baden-Württemberg liegt an der höheren Zuwanderungsrate. Die zuwandernde Bevölkerung ist in der Regel 10 Jahre jünger als die einheimische. Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Zuwanderung im Einzelfall Probleme des Fachkräftemangels lösen kann, sie löst aber keine demographischen Probleme. Um die heutige Altersstruktur aufrechtzuerhalten, benötigte Baden-Württemberg einen Zuwanderungsgewinn von jährlich ca. 170.000 Menschen. Dies würde unsere Integrationskraft sicher übersteigen. Die niedrige Geburtenrate Deutschlands wäre weniger problematisch, wenn wir weltweit die gleiche Entwicklung feststellen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Die USA, der wichtigste Absatzmarkt Baden-Württembergs, haben eine bevölkerungserhaltende Geburtenrate von 2,1 Kinder pro Frau (weiße Bevölkerung bei 2,0 und die farbige Bevölkerung bei 2,2 Kinder pro Frau). Frankreich, der wichtigste Absatzmarkt Deutschlands für deutsche Waren, hat eine Geburtenrate von 1,9 Kinder pro Frau.

Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau im Deutschen Reich und im früheren Bundesgebiet 1890 bis 2001



1) Zusammengefasste Geburtenziffern
(Summe der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten je Kalenderjahr).

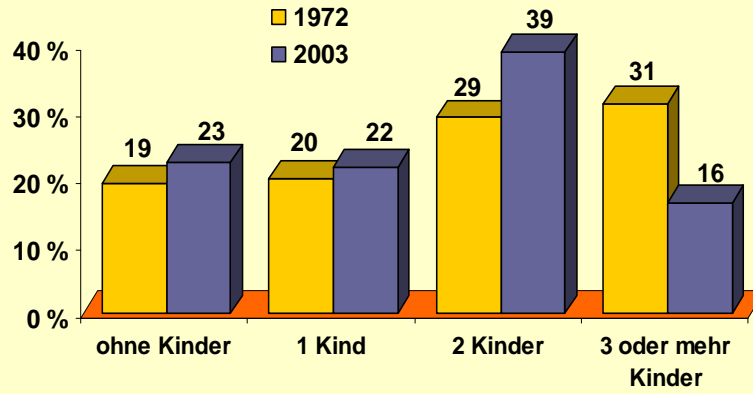
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.


Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT

1890 hatten wir im Deutschen Reich die dritthöchste Geburtenrate Europas. Heute haben wir in Deutschland die viertniedrigste Geburtenrate der Europäischen Union. Deutschland ist also innerhalb von 100 Jahren von einem Extrem in das andere übergegangen. Der Grund für den deutlichen Rückgang der Geburtenrate von 1890 bis zum 1. Weltkrieg bestand in der Industrialisierung, der Verstädterung, der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der gesetzlichen Rentenversicherung.

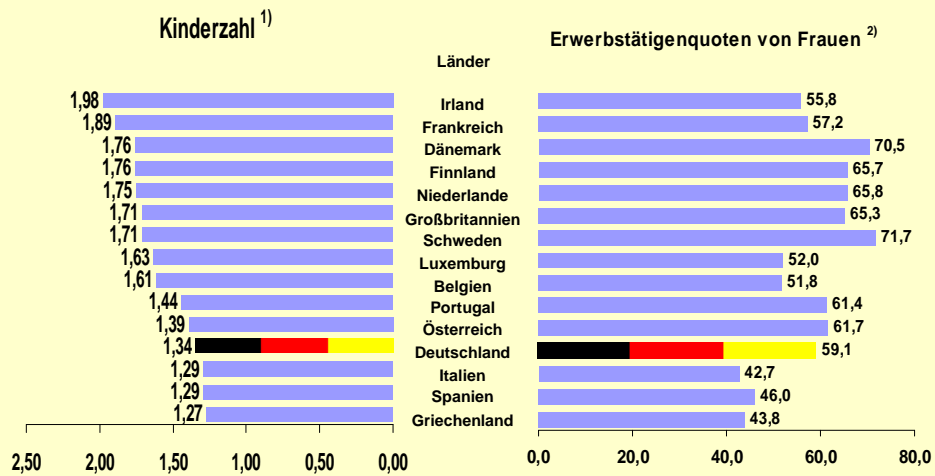
Die relativ konstante Entwicklung der Kinderzahl je Frau in den vergangenen Jahren bedeutet nicht, dass auch die absolute Zahl der jährlich geborenen Kinder relativ gleich bleibend verlaufen ist. Vielmehr beobachten wir seit Mitte der 90er-Jahre einen neuen Schub des Geburtenrückgangs. In 2004 lag die Zahl der Geborenen mit rund 96 700 Kindern um fast ein Fünftel niedriger als 1990 (118 600 Geborene). Dieser Rückgang hängt zum größeren Teil damit zusammen, dass sich die Jahrgangsstärken der Frauen im Altersbereich zwischen 15 und 45 Jahren verschoben haben. Selbst wenn das generative Verhalten künftig bleibt wie heute, so rechnen wir auch dann für die nächsten Jahre mit einem weiteren Rückgang der Geborenenzahlen.

Frauen nach der Anzahl der Kinder in Baden-Württemberg*)



*) Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren

Kinderzahlen und Frauenerwerbsbeteiligung in der EU 2003



1) Kinder pro Frau im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

2) Bezogen auf das Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %.

Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation

- 1. Zukunftsoptimismus versus Zukunftspessimismus**
- 2. Pluralität der Lebensformen**
- 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
- 4. Finanzielle Situation von Familien**
- 5. Verlässliche Partnerschaft**
- 6. Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter**
- 7. Hohe Wertschätzung des Kindes bei Eltern**

In Deutschland hat sich die Geburtenhäufigkeit in den letzten 100 Jahren von rund 500 Kindern, die von 100 Frauen geboren werden, auf 136 Kinder reduziert. Für die Bestandserhaltung einer Gesellschaft benötigen wir 210 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden. Die Frauenjahrgänge von 1935 bis 1938 waren in Baden-Württemberg die letzten, die sich vollständig reproduziert haben. Dies sind also Frauen, die heute etwa 66 bis 69 Jahre alt sind.

Der Geburtenrückgang hat vielfältige gesellschaftliche Auswirkungen, z.B. auf die Sozialversicherungssysteme. Aber nicht nur die Auswirkungen auf Soziale Sicherungssysteme oder die Sorge um ein mangelndes Erwerbstätigenpotential sollten uns fragen lassen, warum es zu dieser Entwicklung gekommen ist und wie man gegensteuern kann. Es sind auch nicht nur materielle Gründe, die uns Fragen aufwerfen. Viele erkennen auch, dass Kinder ein Wert an sich sind. Eine Gesellschaft ohne Kinder verliert mehr als die Finanzierungsbasis für ein soziales Sicherungssystem.

Wo liegen nun die Ursachen für diese Entwicklungen und warum unterscheidet sich das generative Verhalten der jungen Generationen in Frankreich, Norwegen und Dänemark seit 3 Jahrzehnten so deutlich von dem in Deutschland? Zunächst gilt festzuhalten, dass es keine Monokausalität gibt, denn dann gäbe es vermutlich auch ein Patenrezept. Stattdessen gibt es viele Einflussfaktoren, weshalb sich junge Paare nicht für das erste Kind oder Paare mit 2 Kindern nicht für ein drittes oder viertes Kind entscheiden.

Hier sollen **einige Einflussfaktoren** vorgestellt werden:

Zukunftsoptimismus versus Zukunftspessimismus

In gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen verzichten Menschen auf die Geburt von Kindern. Dies zeigt z.B. das deutliche Absinken der Geburtenrate der Neuen Bundesländer nach dem Zusammenbruch der DDR. Eine Entwicklung, die in allen ehemals kommunistischen osteuropäischen Ländern festgestellt werden kann. Allerdings trifft der Umkehrschluss nicht zu. Auch mit Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation kehrt die Geburtenrate nicht wieder auf ihr altes Niveau zurück. Unsicherheiten, wie sie zur Zeit in der deutschen Gesellschaft bestehen, hohe Arbeitslosigkeit, Unsicherheit über den Fortbestand der Sozialsysteme, hohe Verschuldung und wirtschaftlicher Abschwung tragen durchaus mit dazu bei, dass Menschen die Realisation ihres Kinderwunsches erst einmal aufschieben, bzw. ganz auf Kinder verzichten.

Plurale Gesellschaft und Wertewandel

Plurale Gesellschaft meint, dass sich Lebensformen ausdifferenziert haben, dass es keine Standardbiographie mehr gibt, die das Leben des einzelnen Mannes oder der einzelnen Frau bestimmt. Was vor vierzig Jahren noch als Stationen des Lebens für die meisten selbstverständlich war: Schule, ggf. Ausbildung (oft nur für den Mann), Heirat, Geburt von Kindern, Großelternschaft, Ehen nicht auf Zeit, sondern bis zur Verwitwung, ist heute durch eine breite Palette an Lebensformen abgelöst worden: Singles, nichteheliche Partnerschaften, Alleinerziehende, Patch-Work-Familien, Wiederverheiratete, Living-Apart-together: Paare mit getrennten Haushalten. Viele dieser Lebensformen sehen nicht mehr zwangsläufig Kinder vor. Hinzu kommt eine Pluralisierung der Werte. Es gibt keine normative Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen. Sie sind zu einer denkens- und planenswerten Option neben anderen geworden. Sie sind keine Selbstverständlichkeit. Die Entscheidung für ein Kind fällt häufig sehr bewusst, ist Ausdruck einer Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten. Die Einstellung zu Kindern hat sich verändert, vielfach hat man sich schon an ein Leben ohne Kinder gewöhnt und setzt andere Prioritäten.

Wer sich für Kinder entscheidet, nimmt bewusst in Kauf, dass er oder sie auf andere Optionen verzichten muss. Freiheit, Selbstverwirklichung, Erlebnisorientierung, die in unserer individualisierten Gesellschaft hoch gehandelt werden, sind mit Kind nur noch eingeschränkt umzusetzen. Die Qual der Wahl wird durch die Möglichkeiten der Familienplanung „erleichtert“. Hat Verhütung versagt, bleibt immer noch der Schwangerschaftsabbruch als eine zunehmend von der Gesellschaft akzeptierte Alternative. (10% aller Schwangerschaften werden abgebrochen). Während deutsche Paare dann immer öfter die Konsequenz ziehen und ganz auf Kinder verzichten, kann man in vielen anderen europäischen Ländern feststellen, dass Paare zumindest ein Kind bekommen, dann aber auf das zweite oder dritte Kind verzichten.

Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit

Eine ganz wesentliche Rolle für die niedrigen Geburtenraten spielt die Doppelsozialisation bei den Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit.

Was ist darunter zu verstehen: Vor vierzig Jahren wurden Frauen darauf vorbereitet, dass ihre wesentliche Lebensaufgabe in der Geburt und Erziehung von Kindern liegt. Heutzutage werden Frauen zwei sinnstiftende Bereiche für ihr Leben vermittelt. Zum einen weiterhin die Mutterschaft und zwar mit dem hohen Anspruch, für das Kind ganz da zu sein, Liebe, Kraft und Zeit zu investieren; zum anderen aber auch die Verwirklichung über eine Erwerbstätigkeit und das Erreichen von beruflichen Zielen als Lebensinhalt. Junge Frauen haben somit heute zwei Ziele in ihrer Lebensgestaltung: Familie und Beruf. Wie sie diese beiden Lebensbereiche miteinander vereinbaren können, wird in unserer Gesellschaft aber zu wenig mitbedacht und das hat Folgen.

So wird die Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter verschoben (Durchschnitt bei Geburt des ersten Kindes liegt bei über 29 Jahren). Eine Frau möchte die hohen Investitionen in ihre Ausbildung nutzen und sich vor der Familiengründung erst beruflich etabliert haben, dies auch deshalb, weil sie weiß, dass sie nach einer kindbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oft keine Tätigkeit findet, die ihrer Qualifikation entspricht. Um den Berufseinstieg dann wieder realisieren zu können wird oft auf ein zweites oder drittes Kind verzichtet. Frauen, die bereits in jungen Jahren Karriere machen, verzichten häufig ganz auf Kinder, weil der Verdienstausschlag aber auch der Verzicht auf die Gestaltungsspielräume, die eine qualifizierte berufliche Position bietet, als ein zu großer Nachteil empfunden werden. Das trifft europaweit insbesondere auf Hochschulabsolventinnen zu.

Schwierige ökonomische Situation von Familien

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den am stärksten von „Armut“ betroffenen Gruppen. Die meisten Familien müssen in der Regel mit dem Einkommen eines Hauptverdieners auskommen und haben damit Pro-Kopf deutlich weniger zur Verfügung als Kinderlose. Familien stehen gegenüber dem, was sich Singles oder Doppelverdiener ohne Kind leisten können, eindeutig im Abseits.

In Deutschland bekommt eine Familie mit drei Kindern 23% zusätzliches Einkommen als Transferleistung. In Ländern wie Frankreich oder Belgien sind es dagegen über sechzig Prozent Einkommenserhöhung. Kinderreiche Familien müssen in Deutschland also mit eher niedrigen Transferleistungen auskommen, während Länder mit einer höheren Geburtenrate oft deutlich großzügiger zugunsten der Familien mit mehreren Kindern umverteilen. Die Ursachen für eine Entscheidung gegen Kinder sind also materieller Art aber auch struktureller Art, was fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbetrifft.

Auf der anderen Seite hat unsere durch Optionenvielfalt geprägte Gesellschaft einen dominanten Einfluss. Der moderne Mensch soll mobil, flexibel sein, alles was sich bietet, ausprobieren. Mit der Geburt eines Kindes werden für Eltern aber Optionen größtenteils verschlossen,

insbesondere die Option der Verwirklichung über eine Berufstätigkeit. Eine kinderfreundliche Gesellschaft, die ihrer negativen demographischen Entwicklung entgegensteuern möchte, muss sich daher fragen, wo sie Optionen für Familien öffnen und wo sie strukturelle Barrieren abbauen kann. Dazu kann sicher der Blick über die Grenzen in unsere europäischen Nachbarländer nicht schaden. Länder wie Dänemark, Schweden, Belgien oder Frankreich, mit vergleichsweise höheren Geburtenraten zeichnen sich dadurch aus, dass sie Paaren die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit eher ermöglichen, dass sie finanzielle Leistungen stärker zugunsten der Familien gesellschaftlich umverteilen und dass von der Gesellschaft im wesentlichen die Berufstätigkeit von Müttern akzeptiert wird und von der Wirtschaft flexiblere Arbeitsbedingungen geboten werden.

Länder wie Deutschland, Italien oder Spanien, die traditionell die Mutter mit dem Kind im häuslichen Rahmen sehen, haben unflexiblere Arbeitszeitmodelle, lassen kinderreichen Familien eher wenig finanzielle Umverteilung zukommen. Und diese Länder weisen im europäischen Vergleich niedrige Geburtenraten auf.

Verlässliche Partnerschaft

Studien belegen, dass für Frauen eine harmonische und stabile Partnerschaft ein wichtiges Kriterium für die Verwirklichung ihres Kinderwunsches ist. Sehen sie das nicht als gegeben an, verzichten sie eher auf Kinder, als das Risiko einzugehen, dem Kind womöglich keine vollständige Familie im traditionellen Sinne bieten zu können. In unserer werteppluralen Gesellschaft sind jedoch auch Partnerschaft und Ehe oft nur noch zu einer Option auf Zeit geworden. Aus heutiger Sicht wird etwa ein Drittel der Mitte der 80er Jahre geschlossenen Ehen letztlich vor dem Scheidungsgericht enden. Diese Brüchigkeit von Partnerschaften wirkt sich vermutlich auch auf die Geburtenrate aus. In Deutschland dokumentiert die Ehe immer noch zumindest im gewissen Rahmen die Verbindlichkeit einer Beziehung. Ein Viertel der Frauen der Geburtsjahrgänge ab 1960 wird voraussichtlich zeitlebens unverheiratet bleiben, Frauen der Geburtsjahrgänge bis 1940 sind dagegen zu über 90 % eine Ehe eingegangen.

Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter

Zu der europaweiten Entwicklung kommt noch ein typisch deutsches Phänomen hinzu: Berufstätigkeit von Frauen ist zwar akzeptiert, aber nur solange keine kleinen Kinder im Haushalt leben. Mütter, die Vereinbarkeitslösungen suchen, müssen sich neben allen anderen Schwierigkeiten auch noch mit einem negativen gesellschaftlichen Urteil auseinandersetzen. Ein Großteil der Elternpaare wünscht sich Teilzeitmodelle, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Dass ein Partner qualifiziert Teilzeit erwerbstätig ist, der andere Vollzeit oder dass sogar beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist in Deutschland oft noch nicht umsetzbar.

In vielen europäischen Ländern, die eine höhere Geburtenrate haben, liegt die Situation anders:

Selbstverständliche Akzeptanz: In Schweden beispielsweise sind drei Viertel der Befragten der Meinung, dass die Berufstätigkeit der Frau auch bei einem kleinen Kind im Haushalt selbstverständlich möglich sein sollte und sich nicht negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirkt. In Deutschland liegt der Anteil der Befragten, die sich dieser Meinung anschließen können, unter einem Drittel und das konstant seit Jahren (internationalen Studie ISSP).

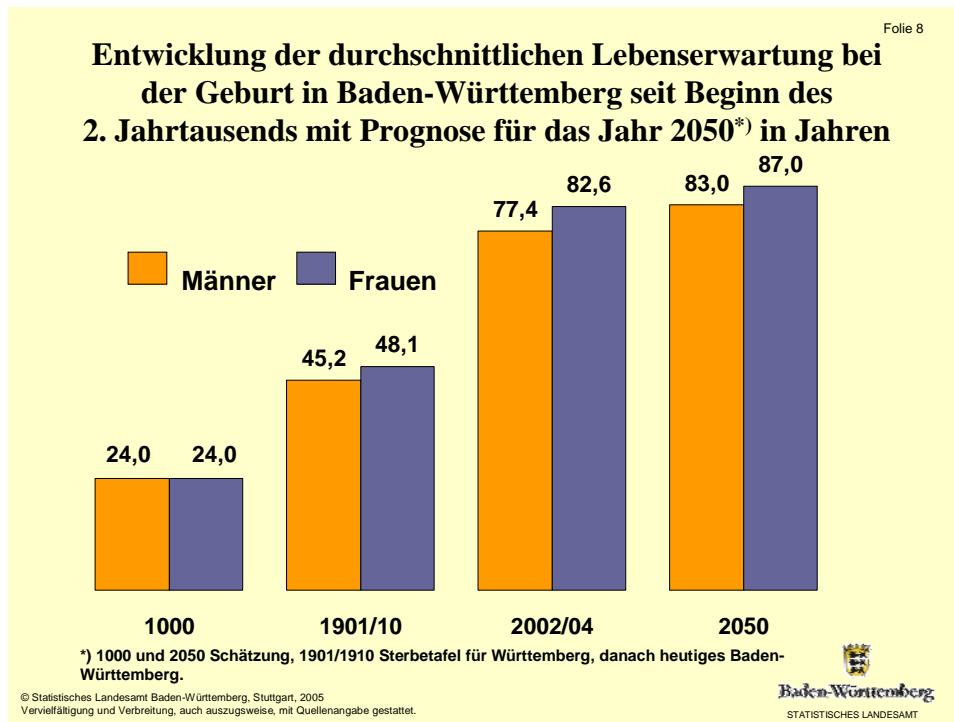
Bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung: In Dänemark steht für jedes zweite Kind unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung, ähnlich ist die Situation in Norwegen oder den USA. In Deutschland gibt es dagegen in den alten Bundesländern gerade mal für 2% der unter Dreijährigen Betreuungsplätze. In Frankreich müssen sich Eltern keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder nachmittags unterbringen, weil es flächendeckend die Ganztageschule gibt, ein Modell, das in Deutschland gerade erst diskutiert wird.

Flexible Arbeitszeitmodelle: In Schweden hat sich der Staat aktiv um Arbeitszeitmodelle bemüht, die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für Eltern ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit.

Hohe Wertschätzung von Kindern bei Eltern

Eine Ursache auf Kinder zu verzichten, ist – paradoxerweise - die hohe Wertschätzung von Kindern. Dieser Satz mag zunächst sehr widersprüchlich klingen. Um es vereinfacht zu sagen: Früher bekam man Kinder einfach. Heutzutage dagegen entscheidet man sich sehr bewusst. Und diesen Kindern möchte man dann ermöglichen in unserer Leistungsgesellschaft ein erfolgreiches und glückliches Leben zu starten. Sie sollen keine materiellen Sorgen haben, pädagogisch wertvoll erzogen werden, genug Zeit und Zuwendung bekommen. Daher wird der ideale Zeitpunkt für die Geburt geplant. Das „Nest“ muss gemacht sein, die Bedingungen für den neuen Erdenbürger sollen möglichst perfekt sein. Ist dieser Kontext nicht gegeben, entscheiden sich Paare oft lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“, in weniger idealen Verhältnissen aufzuwachsen.

Kommen wir nun wieder zurück zu den Erkenntnissen aus unseren Bevölkerungsvorausrechnungen.



Derzeit haben Frauen eine Lebenserwartung von fast 82,6 Jahren, Männer von 77,4 Jahren. Den großen Unterschied führen wir z.T. auf biologische Ursachen zurück (3 Jahre), im Übrigen auf die unterschiedliche Lebensweise (Bayerische Klosterstudie). Wir erwarten bis 2050 eine Zunahme der Lebenserwartung bei Frauen um 4,5 Jahre, bei Männern sogar um etwa 5,5 Jahre. Der Unterschied der Lebenserwartung würde demnach auf rund 4 Jahre zurückgehen. Im Jahr 1000 n.Chr. hatte die Menschen eine Lebenserwartung von ca. 20 Jahren, 1900 von ca. 40 Jahren, heute von knapp 80 Jahren.

Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 nach ausgewählten Altersgruppen^{*)}

Jahr	Bevölkerung insgesamt in 1000	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Durchschnittsalter in Jahren
		unter 20	20 - 60	60 und mehr	
		in %			
1998	10 426	22	56	21	39,8
2000	10 524	22	55	23	40,2
2005	10 809	21	55	23	41,2
2010	11 007	19	55	24	42,3
2015	11 101	18	55	25	43,4
2020	11 165	18	54	27	44,3
2025	11 193	17	51	30	45,2
2030	11 177	17	49	33	46,0
2040	11 037	16	48	34	47,6
2050	10 772	16	47	36	48,6

^{*)} Bis 2000 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).

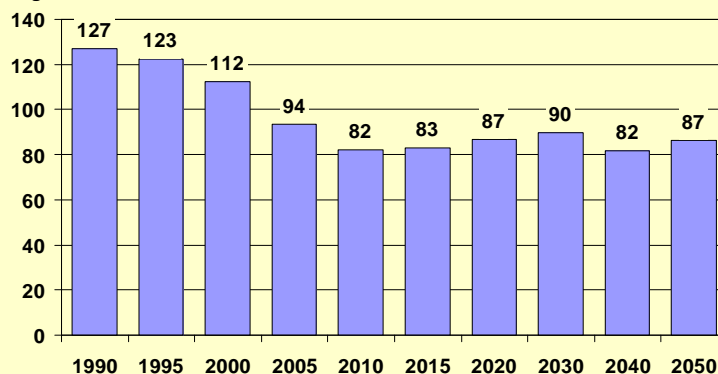
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Ende 2000 haben wir die historische Zäsur erlebt, dass erstmals der Anteil der unter 20 Jährigen geringer war als der Anteil der 60-Jährigen und Älteren. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt von 56% auf 47% ab. Der Anteil der 60 Jährigen und älteren Menschen nimmt auf 36% zu. Der Altersdurchschnitt erhöht sich um ca. 8 Jahren auf ca. 48,6 Jahre.

Zahlenmäßiges Verhältnis von jüngeren und älteren Erwerbspersonen in Baden-Württemberg seit 1990 und künftige Entwicklung bis 2050^{*)}

– Jüngere (20 bis unter 40 Jahre) auf 100 ältere (40 bis unter 60 Jahre) Erwerbspersonen –

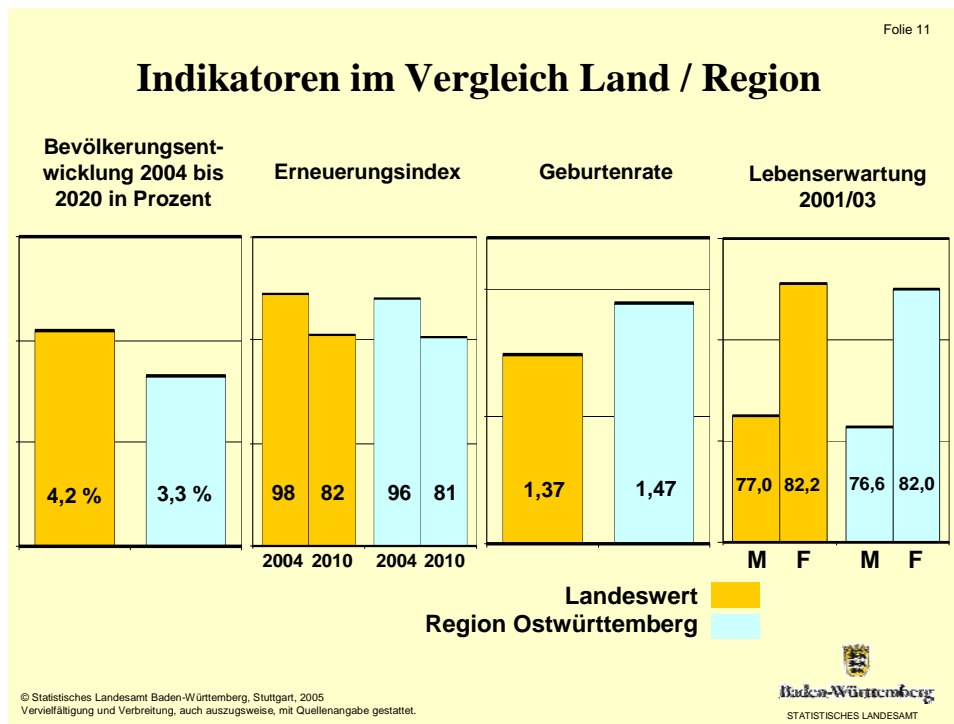
Erneuerungsindex



^{*)} Bis 2000 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

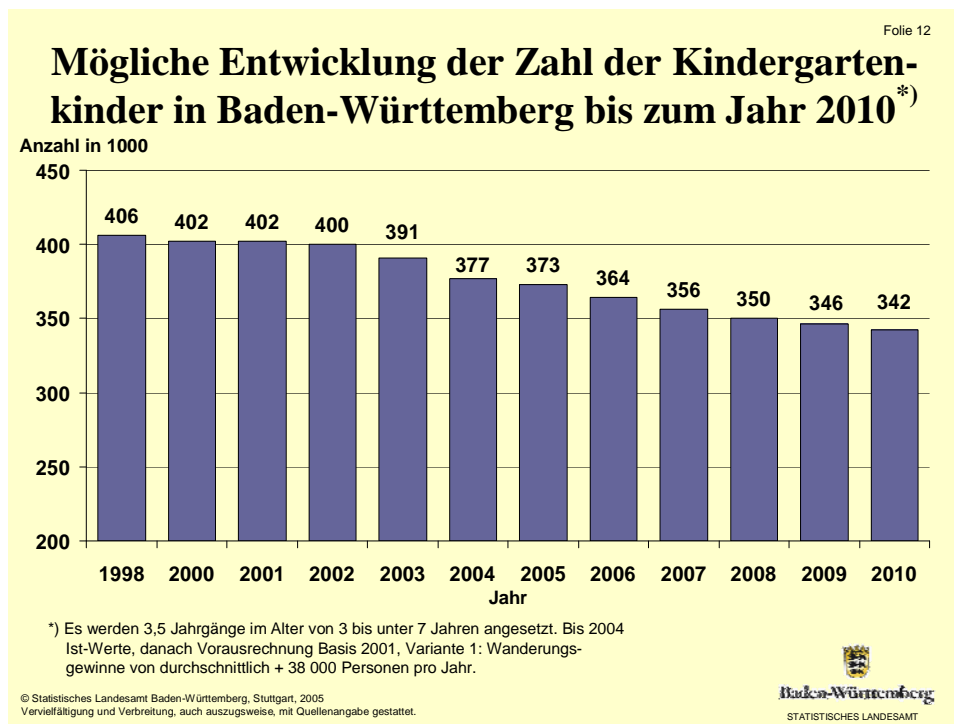
Besonders interessant sind die Alterungsprozesse auch innerhalb der Erwerbstätigenbevölkerung. Während 1990 auf 100 40- bis 60 jährige Erwerbstätige noch 127 20- bis 40 Jährige kamen, ist der Anteil der 20- bis 40 Jährigen jetzt bereits auf 98 (Ende 2004) gesunken. Es gab also bereits zum Jahresende 2004 die historische Zäsur, dass wir erstmals weniger jüngere als ältere Arbeitnehmer hatten. Im Jahr 2050 wird das Zahlenverhältnis von „Jüngeren“ zu „Älteren in der Erwerbsbevölkerung auf deutlich unter 100 gesunken sein. Auf 100 40- bis 60 jährige Erwerbstätige werden lediglich 87 20- bis 40 Jährige kommen.



Die Einwohnerzahl in der **Region Ostwürttemberg** würde nach unseren Regionalvorausrechnungen künftig weiter zunehmen. Wir erwarten bis 2020 einen Bevölkerungszuwachs von rund 3,3% gegenüber heute (Ende 2004), d.h. eine Entwicklung unterhalb des Landesdurchschnitts mit einem Plus von 4,2%. Die **Region** hätte dann insgesamt knapp 467 600 Einwohner im Vergleich zu etwa 453 000 heute. Unter den beiden zugehörigen **Landkreisen** weist der **Ostalbkreis** mit einer erwarteten Zunahme um rund 4% das deutlich höhere Bevölkerungswachstum auf, während die Bevölkerungszahl im **Landkreis Heidenheim** im Jahre 2020 kaum höher läge als heute mit knapp 137 000 Menschen. Mit Blick auf die Erwerbsbevölkerung ergibt sich in der **Region Ostwürttemberg** für dieses Jahrzehnt eine ähnlich starke Alterung wie im Landesdurchschnitt. Gegenwärtig kommen landesweit auf 100 40- bis unter 60-Jährige noch 98 20- bis unter 40-Jährige. Dieses Zahlenverhältnis nimmt schon bis zum Jahr 2010 auf 82 „Jüngere“ zu 100 „Älteren“ ab. In der **Region** kämen in 2010 auf 100 „ältere“ Erwerbspersonen noch 81 „jüngere“. Heute liegt das Zahlenverhältnis jedoch bereits bei nur 96 „Jüngeren“ zu 100 „Älteren“. Dabei **unterscheidet** sich besonders der **Landkreis Heidenheim** vom **Regionsdurchschnitt**. Im Landkreis Heidenheim überwiegen bereits heute die „Älteren“ recht deutlich: Auf 100 „ältere“ Erwerbspersonen kommen gegenwärtig nur 92 „jüngere“. Bis 2010 dürfte sich dieses Zahlenverhältnis im **Landkreis** auf 80 „Jüngere“ zu 100 „Älteren“ verringern.

Die Geburtenhäufigkeit in **der Region Ostwürttemberg** liegt mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von nahezu 1,47 Kindern je Frau über dem Landesdurchschnitt. Mit rund 1,48 Kindern je Frau weist der **Ostalbkreis** in der Region die höhere Kinderzahl gegenüber dem Landkreis Heidenheim (1,43) auf und liegt landesweit an zehnter Stelle in der Rangskala. Spitzenreiter im Lande ist nach wie vor der Landkreis Tuttlingen mit 1,62 Kindern je Frau.

Aus unseren jüngsten Regionalanalysen zeigt sich weiterhin, dass die **Region** bei der Lebenserwartung der Frauen (etwa 82,0 Jahre) und Männer (rund 76,6 Jahre) unterhalb des Landesdurchschnitts liegt.

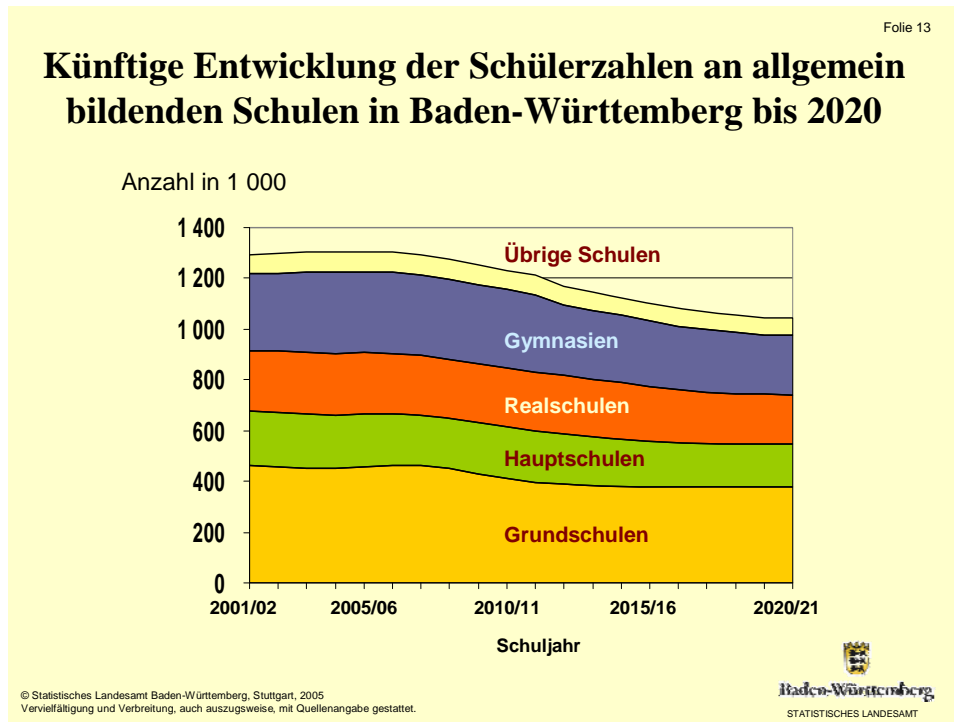


Kommen wir zu einem Aspekt der demographischen Entwicklung, der schon recht kurzfristig vor allem auf kommunaler Ebene bedeutsam werden wird: die Kindergartenplanung. Zum Jahresende 2004 lebten im Lande ungefähr 377 000 Kinder, die dem Kindergartenalter zugerechnet werden können. Bereits jetzt ist durch das Nachwachsen schwächer besetzter Geburtsjahrgänge in diesem Altersbereich mit einem raschen Rückgang zu rechnen. Bis zum Jahr 2010 dürfte sich die Abnahme auf rund 10% belaufen. Dann wären landesweit 342 000 Kinder mit Kindergartenplätzen zu versorgen.

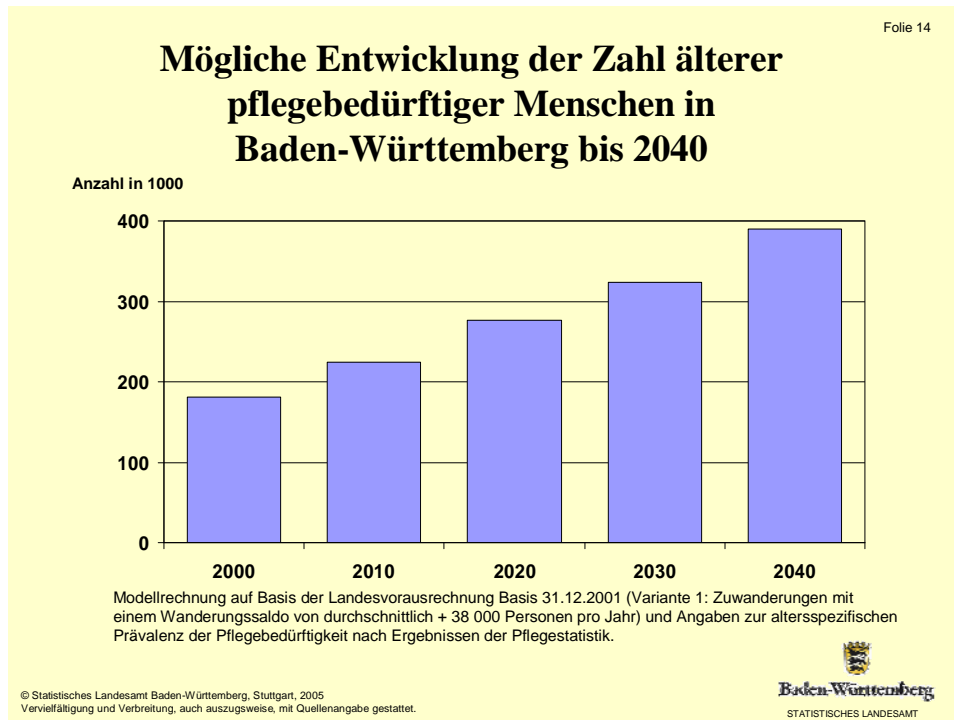
Da die Kindergartenplanung in erster Linie als kommunale Aufgabe in den Gemeinden des Landes erfolgt, können die landesbezogenen Vorausschätzungsergebnisse lediglich als allgemeiner Orientierungsrahmen dienen.

Die kleinräumigen Bevölkerungsvorausschätzungen zeigen, dass sich die künftigen demographischen Veränderungen regional deutlich in Ausmaß und Tempo unterscheiden. In der **Region Ostwürttemberg** erwarten wir bis 2010 einen Rückgang der Zahl der Kinder im Kindergartenalter um etwa 10% - von etwa 16 800 zum Jahresende 2004 auf 15 200 in 2010.

Insgesamt gesehen können wir davon ausgehen, dass der Rückgang dieser Kinderzahlen bis zum Jahr 2010 in den Kreisen deutlich niedriger ausfallen wird, die heute schon relativ wenige Kinder im Kindergartenalter haben, als bei Kreisen, die heute noch relativ hohe Kinderzahlen aufweisen. Gleichwohl fallen diese Entwicklungen auf Gemeindeebene nochmals differenzierter aus.



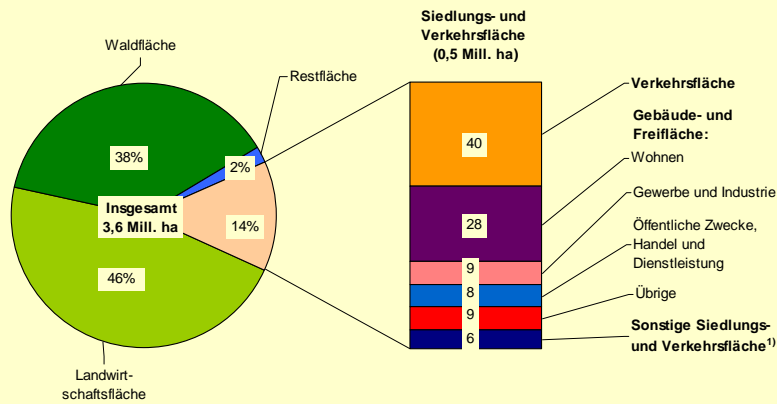
An den allgemeinbildenden Schulen des Landes werden die Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2005/2006 noch leicht um 5 000 auf 1,305 Mill. Schülerinnen und Schüler steigen. Ab 2006/2007 ist ein stetiger Rückgang zu erwarten. Die Zahl der Schüler wird bis zum Schuljahr 2020/21 um 263 000 zurückgehen, also um rund 20%. Im Grundschulbereich hat der Rückgang der Schülerzahlen bereits eingesetzt. Der vorübergehende Anstieg zwischen den Schuljahren 2005/2006 und 2007/2008 hängt mit der vorgesehenen Verschiebung des für die Einschulung maßgeblichen Stichtags vom 30.6. auf den 30.9. zusammen.



Eine tiefgreifende Konsequenz der absehbaren demographischen Veränderung betrifft den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Bestehen auch künftig die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden (ab 85 Jahre zu 40%), so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 Jahren und älter in den nächsten vier Jahrzehnten mehr als verdoppeln. Von heute rund 180.000 würde die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2040 auf ca. 390.000 ansteigen.

Angesichts der sich ändernden Haushalts- und Familienstrukturen muss darüber hinaus damit gerechnet werden, dass die alten Menschen von morgen im Bedarfsfall weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können als heute. Wir erwarten, dass die bislang in den Familien geleisteten Pflegeleistungen zunehmend auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden.

Bodenfläche in Baden-Württemberg 2005



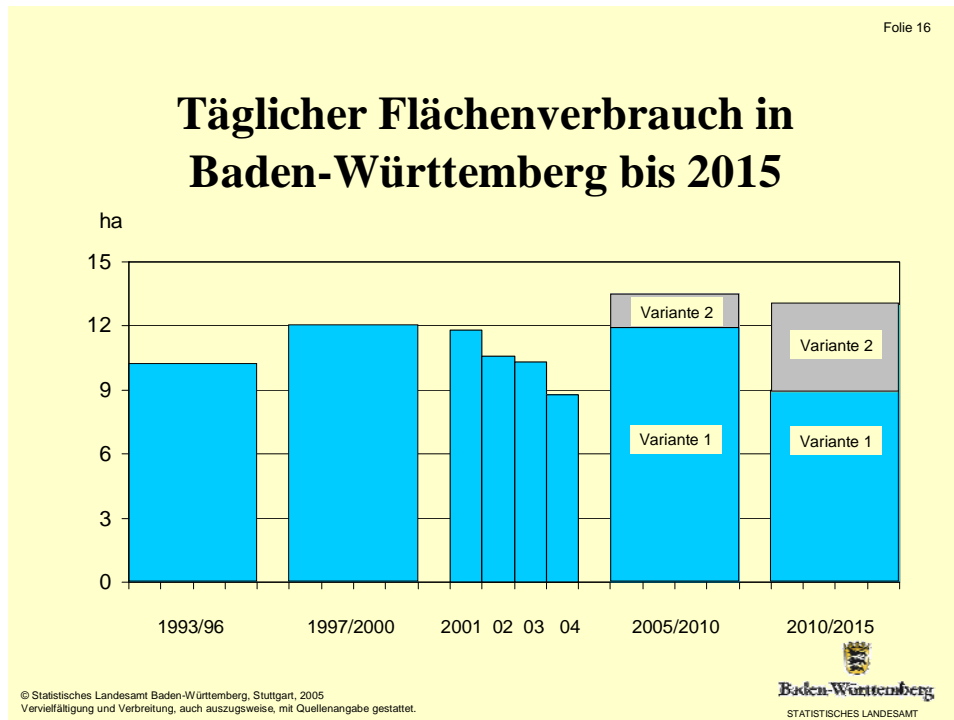
1) Erholungsfläche, Betriebsfläche ohne Abbauand, Friedhof.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Welche Auswirkungen werden von der demografischen Entwicklung auf die künftige Flächennutzung in Baden-Württemberg erwartet? Lassen Sie mich versuchen, ausgehend vom Jetzt und Heute den Blick in die Zukunft zu richten.

Die Ergebnisse der Flächenerhebung 2005 spiegeln den Stand des Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) zum Stand 31. Dezember 2004 wider. Danach sind in Baden-Württemberg 46 % der Bodenfläche der Nutzungsart Landwirtschaftsfläche (1,66 Mill. Hektar) und weitere 38 % der Nutzungsart Waldfläche (1,36 Mill. ha) zuzuordnen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche bezieht sich auf 487 000 ha; das entspricht einem Anteil am gesamten Landesgebiet von knapp 14 %. Beim Rest handelt es sich um Wasserfläche (37 000 ha) und Flächen anderer Nutzung wie etwa Übungsgelände und dgl. (28 600 ha).

192 500 ha oder rund 40 % der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** entfallen auf Flächen für Straßen, Wege und Plätze sowie den Schienen- und Luftverkehr. Die gesamte **Gebäude- und Freifläche** bezieht sich nunmehr auf 260 000 ha. Das entspricht einem Anteil von über 53 % an der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Darunter sind 134 900 ha (28 %) für Wohnzwecke und weitere 41 600 ha (9 %), die vorherrschend für gewerbliche und industrielle Zwecke genutzt werden. 28 200 ha (8 %) der Gebäude- und Freifläche wird für öffentliche Zwecke bereitgestellt bzw. vom Handel und Dienstleistungssektor genutzt.

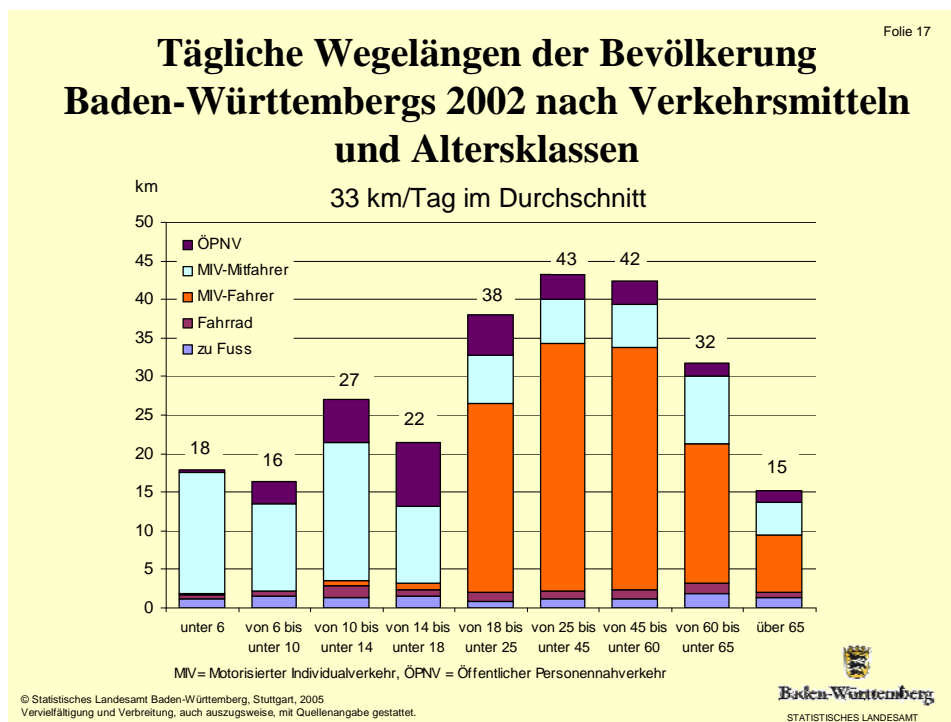


Die rechnerisch ermittelte tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie, Straßen usw. wird für die Vorperioden mit 10,2 ha (1993/1996) und 12,0 ha (1997/2000) angegeben. Für den Zeitraum 2001/2004, also die Jahre zwischen den beiden letzten Flächenerhebungen errechnet sich ein Durchschnittswert von 10,4 ha/Tag. Seit die im 4-jährigen Turnus durchzuführende Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in den Zwischenjahren durch die Erhebung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ergänzt wird, kann die Entwicklung des „Flächenverbrauchs“ in ihrer zeitlichen Komponente differenzierter dargestellt werden:

2001: 11,8 ha/Tag
 2002: 10,6 ha/Tag
 2003: 10,3 ha/Tag
 2004: 8,8 ha/Tag

Wie in der Vergangenheit schon, ist der einzig nennenswerte Bereich, aus dem das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche gespeist wird, weiterhin die Landwirtschaftsfläche.

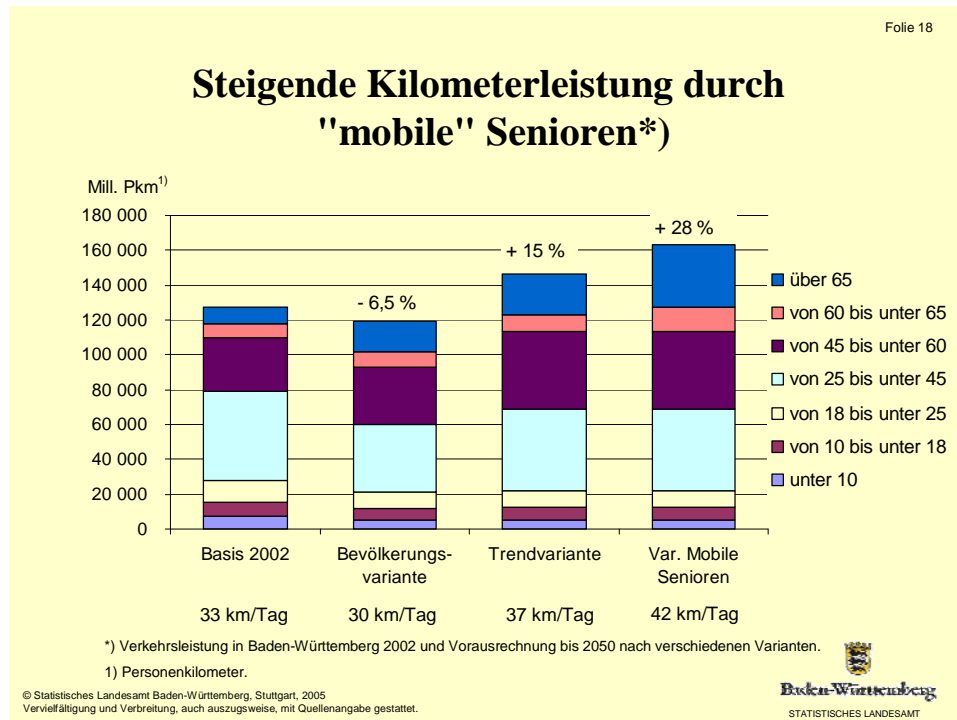
Wie Modellrechnungen zeigen, wird sich diese Entwicklung auch weiterhin fortsetzen. Auf der Grundlage von Regressionsmodellen wird **unter Status-quo-Bedingungen** erwartet, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts täglich um voraussichtlich zwischen 11,9 und 13,5 ha, von 2010 bis 2015 täglich zwischen 8,9 und 13,0 ha anwachsen wird. Sofern etwaige verstärkte Bemühungen und neue Instrumente, Maßnahmen, Programme und Projekte zur Eindämmung des Flächenverbrauchs Wirkung zeigen und die Kausalkette durchbrochen wird, sind grundsätzlich auch niedrigere Werte als realistisch anzusehen und erreichbar. Der seit Beginn des 21. Jahrhunderts rückläufige Flächenverbrauch jedenfalls nährt die Hoffnung, dass in Baden-Württemberg der tägliche Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche mittelfristig eher am unteren (oder sogar darunter) denn am oberen Rand liegen wird.



Baden-Württemberg hat heute eine stark mobile Bevölkerung. Im Durchschnitt legte jeder Einwohner des Landes innerhalb Baden-Württembergs im Jahre 2002 fast 12 000 km, d.h. am Tag durchschnittlich knapp 33 km, zurück – zu Fuß, per Fahrrad, im Auto (ohne Lkw), mit einem Motorrad oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Der deutlich größte Teil dieser Wegstrecke, d.h. 61 % wurde als Fahrer eines Autos bzw. eines Motorrads durchfahren.

Allerdings weist diese Mobilität ein ausgeprägtes Altersprofil auf. Die täglich längsten Wegstrecken mit 43 km bewältigen die 25- bis unter 45-Jährigen und mit 42 km die 45- bis unter 60-Jährigen. Es folgen die 18- bis unter 25-Jährigen mit 38 km pro Tag. Dagegen sind es bei den 65-Jährigen und Älteren nur noch 15 km täglich.

(Die Datengrundlage für diese Ergebnisse bildet die KONTIV 2002, eine kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten. Die Studie setzt die Tradition der 1976 begonnenen KONTIV-Untersuchungen fort. Mit ihr wurde das Mobilitätsverhalten von rund 25 000 Haushalten mit ca. 60 000 Personen in Deutschland erhoben. Sie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (infas) in Bonn und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin durchgeführt).



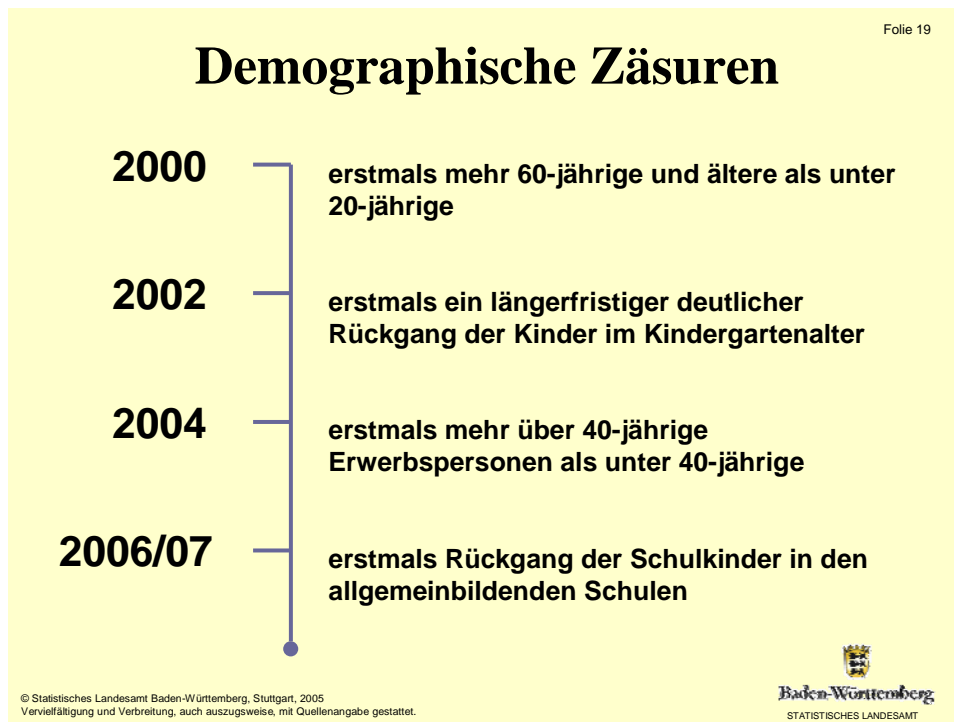
Wenn wir davon ausgehen, dass die derzeitige (2002) altersbezogene Mobilitätsstruktur auch künftig fortbesteht, also die Mobilität der einzelnen Altersgruppen weder zu- noch abnimmt, dann könnte die demographische Entwicklung bis zum Jahr 2050 dazu führen, dass die gesamte Verkehrsleistung um 6,5 % niedriger liegt als heute. Jeder Baden-Württemberger würde dann durchschnittlich nur noch rund 11 100 km im Jahr, d.h. nur noch 30 km pro Tag, zurücklegen – zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto, dem Motorrad oder dem ÖPNV. Dieser Rückgang ergibt sich vor allem daraus, dass in Zukunft die Zahl der älteren Menschen deutlich zunimmt und damit die Zahl der Altersgruppe, die täglich kürzere Wegstrecken bewältigt. Der demographische Wandel hätte also, wenn das Mobilitätsverhalten stagnieren sollte, einen dämpfenden Effekt.

In einem zweiten Rechenbeispiel, der sog. Trendvariante, haben wir außer dem Demografiefaktor das veränderte Mobilitätsverhalten der Baden-Württemberger berücksichtigt. Die Zunahme der Mobilität haben wir entsprechend der Entwicklung der letzten 11 Jahre, also entsprechend der Entwicklung von 1991 bis 2002, für die nächsten 22 Jahre also bis zum Jahr 2024 fortgeschrieben. Für die Zeit nach 2024 bis 2050 haben wir ein gleich bleibendes Mobilitätsverhalten zugrunde gelegt. Das Rechenbeispiel soll nicht die Zukunft beschreiben, sondern nur aufzeigen, wie die Entwicklung unter bestimmten Bedingungen laufen könnte.

Nach dieser Trendvariante würde sich die Verkehrsleistung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 um 15 % auf knapp 13 600 km pro Einwohner im Jahr, bzw. 37 km pro Einwohner am Tag erhöhen. Im Gegensatz zur Bevölkerungsvariante würde die Verkehrsleistung also nicht abnehmen, sondern zunehmen.

Für die Annahme, dass die Mobilität künftig weiterhin steigt und nicht auf dem heutigen bereits hohen Niveau stagniert, spricht die Beobachtung, dass heute wesentlich mehr Perso-

nen selber am Lenkrad sitzen, anstatt als Beifahrer mitzufahren. Dies stellen wir bei allen Altersgruppen ab 25 Jahren fest, insbesondere aber bei Senioren. Immer mehr Senioren verfügen über einen Führerschein und einen eigenen Wagen, den sie dann auch verstärkt nutzen. Den stärksten Mobilitätszuwachs haben wir hier bei Seniorinnen. Hinzu kommt, dass die Familien immer kleiner werden und die Singlehaushalte immer mehr zunehmen, so dass es auch immer weniger Gelegenheiten gibt, in einem Pkw mitgenommen zu werden. Wir haben noch eine dritte Variante gerechnet, die sog. „Mobile Senioren-Variante“. Dabei unterstellen wir, dass die Mobilität der Senioren deutlich stärker zunehmen würde als in der Trendvariante beschrieben. In einem solchen Maximalmodell gehen wir für die Gruppe der 60 Jahre und Älteren davon aus, dass die Verkehrsleistung gegenüber der Trendvariante für alle Fortbewegungsarten um 50 % zunimmt. Wir treffen also die Annahme, dass die Mobilität in den nächsten Jahrzehnten (*bis 2024*) bei den Älteren noch einmal deutlich stärker zunehmen würde als dies bereits seit Anfang der 90er Jahre geschehen ist. Dann läge die Verkehrsleistung gegenüber heute (*2002*) um knapp 28 % höher. Dies waren lediglich Rechenbeispiele. Was tatsächlich im Verkehrsbereich bis zum Jahre 2050 passieren wird, kann aus heutiger Sicht mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Denken Sie nur an die Entwicklung des Ölpreises, den technischen Fortschritt im Kraftfahrzeugbereich oder große politische Ereignisse wie den Fall des „eisernen Vorhangs“, die jede Prognose hinfällig werden lassen.



**Unser Informationsangebot
im Internet:**

www.statistik-bw.de

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



Zum Abschluss möchte ich Sie noch auf unser Internetangebot www.statistik-bw.de hinweisen, das zu diesem und weiteren Themenbereichen eine Reihe von interessanten Zahlen und Analysen für Sie bereithält.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.